

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (022 21) 21 9038/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

**Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, sieht die katholische Kirche im Widerspruch: Wer gegen Schwangerschaftsabbrüche ist, darf sich nicht gegen Familienplanung stellen.**  
Seite 1

**Hans de With MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, würdigt Hugo Preuß zum 120. Geburtstag.**  
Seite 2

**Dokumentation  
Willy Brandts Rede vor der Universität Southampton (Analyse und Zusammenfassung): Wir können nicht hoffen, bald käme alles wieder ins alte Lot.**  
Seite 3-6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (022 21) 812-1

35. Jahrgang / 207

28. Oktober 1980

### Katholische Kirche im Widerspruch

Wer gegen Schwangerschaftsabbrüche ist, darf sich nicht gegen Familienplanung stellen

Von Antje Huber MdB  
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Weltsynode der katholischen Bischöfe hat die Ablehnung empfängnisverhütender Mittel bekräftigt. In Verbindung mit dem strikten Verbot des Schwangerschaftsabbruchs wird hier ein nicht auflösbarer Widerspruch offenkundig. Mich erfüllt das mit großer Sorge: Wer sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt, muß den Menschen auch dabei helfen, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Der Schutz des ungeborenen Lebens kann nicht erst dann einsetzen, wenn eine nichtgewollte Schwangerschaft eingetreten ist. Je mehr die Bevölkerung von den Möglichkeiten der Familienplanung Gebrauch macht, desto weniger wird ein Schwangerschaftsabbruch - als letzter Ausweg aus einem schwerwiegenden Konflikt - in Betracht kommen.

Unlängst hat der Exekutivdirektor der UNICEF, James P. Grant, darauf hingewiesen, daß in den Entwicklungsländern jährlich 15 Millionen Kinder als Folge der Armut und der Unterentwicklung sterben. Eine Milliarde Menschen lebten in absoluter Armut, zwei Drittel davon Mütter und Kinder. Und der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), Eduard Saouma, hat daran erinnert, daß 400 bis 500 Millionen Menschen der Dritten Welt an Hunger oder Unterernährung leiden. Laut Saouma stieg die Eigenproduktion an Lebensmitteln in Entwicklungsländern im vergangenen Jahr nur um 1,3 Prozent oder um die Hälfte der Zuwachsrates der Bevölkerung.

Wir alle wissen, daß es Erfolge im Kampf gegen Hunger, Not und Elend in der Dritten Welt nur geben kann, wenn das Wachstum der Bevölkerung in diesen Teilen der Welt gebremst wird. Ist es dann aber zu verantworten, Familienplanung als verwerflich zu bezeichnen?

Auch bei uns in der Bundesrepublik wird es immer wieder das Leid von Menschen geben, die durch eine nichtgewollte Schwangerschaft in schwere Gewissenskonflikte gestürzt werden.

Dies wird umso öfter der Fall sein, je weniger diejenigen, die das ungeborene Leben schützen wollen, sich zu einer sinnvollen Lebens- und Familienplanung bekennen.

+ + +

(-/28.10.1980)

## Hugo Preuß zum Gedächtnis

Zu seinem 120. Geburtstag am 28. Oktober

von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Am 28. Oktober 1860 wurde Hugo Preuß geboren. Bis heute ist sein Name mit der Weimarer Verfassung verknüpft: Er gilt als ihr Vater. Gewiß, die Ausarbeitung dieser ersten republikanischen Konstitution im Jahre 1919 sah Hugo Preuß an herausragender Stelle. Als Staatssekretär des Reichsinnenministeriums hatte er die Denkschrift verfaßt, auf der die Beratungen über die neue Verfassung basierten. Und zu Recht zählt Theodor Heuß diese Denkschrift zu den wesentlichen Staatsschriften der deutschen Geschichte.

Nur vergessen ist beinahe, daß Friedrich Ebert selbst es war, der als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten am 15. November 1918 Hugo Preuß auf den Posten des Staatssekretärs im Innenministerium geholt hatte. Damit hatten in einer Stunde größter Not der Sozialdemokrat und der liberale Demokrat der bürgerlichen Mitte zusammengefunden. Dieser Vorgang ist kennzeichnend für die Koalition der Sozialdemokratie mit demokratischen bürgerlichen Parteien, politisch repräsentiert in der Deutschen Demokratischen Partei und im Zentrum, die in den Anfängen der Weimarer Republik die Regierungsverantwortung trug. Sicherlich ist die Handlungsweise Eberts und seiner Freunde später kritisiert worden. Mancher sah in seinem Vorgehen sogar Verrat an der Revolution. Wir teilen - mit Arthur Rosenberg - diese Auffassung nicht. Faktum bleibt, daß, repräsentiert in Ebert und Preuß, Sozialdemokraten und Vertreter eines freiheitlichen, republikanisch gesinnten Bürgertums wesentlich daran mitwirkten, daß die Verfassung der ersten deutschen Republik zustande kam.

Für Hugo Preuß lag im Anspruch auf die Teilhabe des liberalen freiheitlich gesinnten Bürgertums an der Regierungsgewalt nach dem Sturz der Monarchie freilich die Konsequenz von Auffassungen, die er schon immer vertreten hatte: Den Kampf gegen die Herrschaft des ostelbischen Junkertums als die große politische Aufgabe ansehend, war er schon in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts dafür eingetreten, daß die Liberalen nur im Bündnis mit der Sozialdemokratie die Herrschaft der Konservativen beenden könnten. Seine Beziehung zur Sozialdemokratie verhinderte sogar, daß die Berliner Universität Hugo Preuß zum außerordentlichen Professor ernannte. Wie Preuß' Biograph Ernst Feder berichtet, scheiterte eine entsprechende Initiative des hochangesehenen Professor Gierke daran, daß in den Akten über Hugo Preuß "gravierende" Vermerke über diese Kontakte mit Sozialdemokraten gewesen seien.

Es ist die Tragik von Hugo Preuß, daß ihm nur eine kurze Tätigkeit in einem Regierungsamt beschieden war. Nachdem er wegen der Unterzeichnung des Versailler Vertrages als Reichsinnenminister zurückgetreten war, hat er nie wieder ein Regierungsamt bekleidet. Seine Partei, die Deutsche Demokratische Partei, schlug ihn weder für solch ein Amt vor, noch stellte sie ihn je als Kandidaten für ein Reichstagsmandat auf.

Dennoch legt Hugo Preuß in seinem Leben und Wirken Zeugnis dafür ab, daß in den Anfängen der Weimarer Republik Sozialdemokraten und republikanische Liberale gemeinsam den Neubeginn wagten und in einem historischen Augenblick Entwicklungen in Gang setzten und trugen, deren letztendliches Scheitern auch zum Untergang der ersten deutschen Republik führte.



D O K U M E N T A T I O N

Aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Southampton hält der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am heutigen Dienstag eine Rede über Europas Zukunft in einer Welt des Umbruchs. Wir dokumentieren den Analyseteil sowie die Zusammenfassung.

Wir können nicht hoffen, bald käme alles wieder ins alte Lot

Es ist eine dramatische Entwicklung, die wir erleben. Womit wir es zu tun haben, ist nicht ein überschaubarer Wandel, sondern es sind tiefgreifende, umfassende Veränderungen durch die Wissenschaft, in der Ökonomie, auch im Gefüge der internationalen Beziehungen. Die vielen Krisen in zahlreichen Teilen der Welt, vor allem aber außerhalb Europas, sind Zeichen eines tiefen Umbruchs. Und so wäre es verfehlt, der Suggestion des Ausdrucks "Krise" zu erliegen: Wir können nicht hoffen, bald käme alles wieder ins alte Lot und wir könnten gewissermaßen in einen Zustand der Normalität zurückkehren.

Drei Hauptelemente scheinen mir diesen globalen Umbruch zu prägen: Die starke Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen, die andauernden Ost-West-Rivalitäten mit ihren rüstungspolitischen Konsequenzen, die völlig unbefriedigenden Nord-Süd-Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.

Da ist erstens die starke Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen: Die Zeit eines anhaltenden Wirtschaftswachstums in den westlichen Industriegesellschaften - in einer Größenordnung, wie wir es in den fünfziger und sechziger Jahren erlebt haben - scheint für absehbare Zeit vorbei zu sein. Inflation und Arbeitslosigkeit, teure Rohstoffe und kostspielige Maßnahmen für den Umweltschutz, hohe Zahlungsbilanzdefizite und ein in Unordnung geratenes Weltwährungssystem kennzeichnen die schwierige Realität unserer Tage.

Die sozialen und politischen Folgen liegen auf der Hand. Lange Zeit konnten gesellschaftliche Spannungen in Ländern unserer Art ausgeglichen werden, weil es genügend ökonomischen Zugewinn zu verteilen gab. Auch die breiten Schichten unserer Völker kamen in den Genuß eines beständig wachsenden Wohlstandes. Wo verschiedene Interessen aufeinander stießen, half oft der materiell befriedigende Kompromiß.

Dieses Mittel steht heute nur noch begrenzt zur Verfügung. In den Vereinigten Staaten wie in Frankreich, in der Bundesrepublik Deutschland wie in Großbritannien haben sich die sozialen Konflikte deutlich verschärft, auch wenn dies noch nicht überall gleichermaßen empfunden wird.

Es wird großen Einfallsreichtums bedürfen, den verschiedenen Schichten und Gruppen in unseren Industriegesellschaften gerecht zu werden und dabei zugleich die Funktionsfähigkeit des Ganzen zu erhalten. Unsere Demokratien bleiben nicht, was sie sein sollen, wenn sie den rivalisierenden Gruppen kraftlos das Feld überlassen oder den Platz frei machen für die Herrschaft allmächtiger Bürokratien.

Gelängt der neue Ausgleich nicht, müßte sich weiter beschleunigen, was schon jetzt mancherorts zu beobachten ist: Ein Vertrauensschwund von Bürgern in die Kompetenz der politisch Verantwortlichen, ein nachlassendes Zutrauen zur Funktionsfähigkeit der Demokratie. Die Folge wäre ein fortschreitender Prozeß der Entfremdung, wie er bei Teilen der jungen Generation schon in den letzten Jahren in unterschiedlichen Erscheinungsformen zu beobachten ist, eine Flucht ins Unwirkliche als Ergebnis einer Mischung aus Staatsverdrossenheit und Zivilisationsangst.

Nutznießer wären zwangsläufig solche Gruppen und Denkweisen, die sich bewußt nicht an der Zukunft orientieren wollen. Zweifel am Sinngehalt des technischen Fortschritts, könnten sich verbinden mit der gefährlichen Sehnsucht nach einer vermeintlich problemlosen und friedlichen Vergangenheit, die es in Wahrheit nie gegeben hat.



Als zweiten maßgeblichen Faktor, der unser aller Schicksal in den achtziger Jahren prägen wird, nenne ich das Gesamtgeflecht der Beziehungen zwischen Ost und West und die damit eng verbundene, noch immer nicht gebrochene Dynamik eines schier grenzlosen Wettrüstens.

Der Beginn dieses Jahres, also dieses Jahrzehnts, war wenig verheißungsvoll. Die Beziehungen zwischen den Weltmächten, schon seit Jahren prekär und wenig konstant, haben sich noch einmal deutlich verschlechtert. Unberechenbarkeit und Undurchschaubarkeit, mangelnde Zurückhaltung und ideologische Befrachtung von Sachentscheidungen hätten die ganze Menschheit in diesen Monaten mehr als einmal an den Rand einer Katastrophe bringen können.

Der Rüstungsverlauf geht nicht nur weiter, er erreicht neue, rational für die meisten von uns nicht mehr nachvollziehbare Dimensionen. Dieses Jahr werden es fast 500 Milliarden Dollar sein, die für Rüstungen in aller Welt objektiv verschwendet werden. Alle Warnungen scheinen ungehört zu verklingen. Alle Bemühungen um konkrete Begrenzungsmaßnahmen scheinen sich am Gefühl einer wachsenden Bedrohung durch die jeweilige Gegenseite zu brechen oder durch die Labilität der Gesamtlage zu versacken.

Wir haben es gerade wieder erlebt: Der zweite Vertrag über die Begrenzung der interkontinentalen Atomraketen, über viele Jahre hinweg schleppend ausgehandelt, ist noch immer nicht ratifiziert. Ob er es je wird, scheint zur Stunde niemand zu wissen.

Oder: Schon Mitte der siebziger Jahre zeichnete sich die Gefahr eines neuen Rüstungsschubs auf dem Feld der Mittelstreckenraketen in Europa ab, und erst jetzt, wo es fast schon zu spät ist, beginnt man mit Verhandlungen.

Kein Wunder daher, daß von mehr als einer Seite die Frage gestellt wird, ob die Politik der Entspannung nicht gescheitert sei und welche Alternative zu dieser Politik es geben könnte. Meine Antwort lautet: Es mag sein, wenn die Beteiligten sich entsprechend verhalten, daß die Politik der Entspannung die achtziger Jahre nicht überleben wird. Aber als Alternative bliebe mit großer Wahrscheinlichkeit nur die eine oder andere Form von Katastrophe.

Niemand sollte sich täuschen: Eine einfache Rückkehr zur Situation der fünfziger Jahre kann es nicht geben. Die Risiken haben sich um ein Vielfaches erhöht. Die heute vorhandenen Potentiale würden in einer Zeit verschärfter Spannungen in sich selbst eine ungeheure Gefährdung der Sicherheit darstellen. Und zahlreiche regionale Krisenherde bergen die Gefahr, sich zu Flächenbränden auszuwachsen.

Die weitere Bindung wertvoller Ressourcen durch immer noch gigantischere Rüstungsprojekte - zwangsläufig Folge eines Kalten Krieges - würde es unmöglich machen, sich den großen Zukunftsproblemen dieser Welt zuzuwenden. Sie aber nicht zu bewältigen, heißt wiederum, katastrophale Wirkungen in Kauf zu nehmen.

Man sollte sich deshalb nicht beirren lassen. Rückschläge, auch wenn sie noch so schmerzlich sind, weisen nicht zur Umkehr. Es gilt, aus Fehlern zu lernen und im übrigen Kurs zu halten in Richtung Frieden und Zusammenarbeit - illusionslos, aber beharrlich.

Das dritte Element des globalen Umbruchs und damit die dritte große Aufgabe für das neue Jahrzehnt handelt von der Neugestaltung der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen Nord und Süd.

Tatsächlich unreiht dieses leichtthin verwendete Begriffspaar "Nord/Süd" nur unzulänglich die Komplexität höchst ungleicher Entwicklungsniveaus und krass unausgewogener Beziehungen zwischen armen und reichen Völkern, ärmeren und reicheren Nationen. Es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn ich feststelle, daß hier die soziale Herausforderung unserer Zeit angesprochen ist - eine Herausforderung für alle verantwortungsbewußten Menschen.

Bereits heute leidet ein Fünftel aller Menschen in den Entwicklungsländern an Hunger und Unterernährung - 800 Millionen fristen ein Leben in "absoluter Armut", wie der international gebräuchlich gewordene Terminus lautet.



Die große Mehrheit dieser Menschen stammt aus Süd-Ost-Asien und den Regionen Afrikas südlich der Sahara. Sie haben im letzten Jahrzehnt so gut wie keinen wirtschaftlichen Fortschritt machen können. Wenn sich nicht Grundsätzliches ändert, ist auch für die achtziger Jahre keine Verbesserung der Situation zu erwarten.

Bis zur Jahrtausendwende wird die Weltbevölkerung auf über sechs Milliarden Menschen angewachsen sein. Nahezu 85 Prozent der Menschen werden dann in den heutigen Entwicklungsländern leben. Selbst bei abnehmender Geburtenrate wird ein Land wie Tansania im Jahre 2000 mehr Einwohner haben als das an Land und Ressourcen so reiche Kanada.

Eine Verringerung des Völkerwachstums ist also eine erste prioritäre Notwendigkeit, um eine für alle verheerende Erschöpfung der natürlichen Ressourcen unserer Erde zu verhindern. Aber dies alleine reicht natürlich bei weitem nicht aus. All unser antizipatorisches Denken ist herausgefordert, wenn rasch wirkende, umfassende, friedliche Lösungen zur Überwindung der Massenarmut gefunden werden sollen.

Worum es geht, ist darüber hinaus, daß die Strukturmechanismen der weltwirtschaftlichen Beziehungen insgesamt überprüft und reformiert werden. Wir sollten nicht vergessen, daß die Weichenstellung für das in der Geschichte der Menschheit bisher einmalige Wachstum der letzten 30 Jahre zu einer Zeit erfolgte, als die meisten Entwicklungsländer noch nicht einmal ihre politische Souveränität erlangt hatten. Inzwischen mußten die jungen Staaten allzu oft erfahren, daß formale politische Selbständigkeit noch keine reale Entscheidungsfreiheit garantiert, solange überkommene Armut und ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse bestehen bleiben.

Es ist nur zu verständlich, daß die Entwicklungsländer seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten grundsätzliche Reformen der Weltwirtschaft verlangen. Aber die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre, auf die ich hingewiesen habe, verhärtete die defensive Haltung der meisten führenden Industriestaaten gegenüber diesen Forderungen weiter. Der Raum für internationale Reformen - wie schon der für innere Reformen - wurde noch enger. Entsprechend demprimierend verliefen viele internationale Konferenzen. Nahezu unverrückbar standen maximale Forderungen minimaler Konzessionsbereitschaft gegenüber. Mittlerweile ist wohl beiden Seiten klar geworden, daß die Nord/Süd-Beziehungen in eine Sackgasse geraten sind. Ich weiß, ich zeichne kein erfreuliches Szenario. Aber so verlangt es der Sinn für Realität.

Es mag verständlich sein, daß angesichts der Herausforderungen Pessimismus und Resignation um sich greifen. Aber solche Reflexe sind schlechte Ratgeber in der Politik. Und ich halte es für wahrscheinlich, daß wir in Europa mit den Schwierigkeiten fertig werden können, mit denen wir es im Gefolge der weltwirtschaftlichen Verwerfungen zu tun haben: Ich denke nicht daran, mich in die wirtschaftspolitischen Kontroversen eines anderen Landes einzumischen. Nur scheint mir klar zu sein, daß Beschäftigungspolitik - und die mit ihr verkrüpfte Strukturpolitik - nicht allein den vielbeschworenen Selbstheilungskräften der Wirtschaft überlassen werden kann. Wer in Deutschland in diesen Jahren Verantwortung getragen hat, wird nicht auf den Gedanken kommen, die marktwirtschaftlichen Impulse zu unterschätzen. Und doch leite ich aus dieser Erfahrung ebenso wie aus einem Blick in die Zukunft die Vermutung ab, daß öffentliche Mitverantwortung auf einer Reihe von Gebieten eine nicht geringere, sondern bedeutendere Rolle zu spielen haben wird. Die Energieprobleme zeigen dies deutlich, national und international.

Über die einzelnen ökonomischen Probleme hinaus sollten wir vor allem größeres Verständnis dafür wecken, daß die in Jahrzehnten gewachsene "Philosophie der krassen Ansprüche" im unauflösbaren Widerspruch zu den ökonomischen Realitäten unserer Zeit steht. Blanker Materialismus eignet sich ohnehin schlecht zur demokratischen Staatsraison. Ich predige nicht die Ethik des Verzichts; ich plädiere für ausreichende Gerechtigkeit - nicht nur innerhalb der Staaten, auch zwischen ihnen.

Wir werden in einer Zeit rapiden und tiefgreifenden Wandels nur bestehen können, wenn Einzelinteressen eingefügt sind in eine gesamtgesellschaftliche Solidarität. Die Freiheit des einzelnen taugt ohnehin wenig, wo sie nicht auf die Freiheit aller hin angelegt ist. Eine freiheitliche Ordnung wird nur Bestand haben, wenn es gelingt, neues Vertrauen zu begründen und solidarisch zu rechtfertigen.



Dies zwingt zur Einsicht, daß staatliche Entscheidungen von Gewicht in möglichst enger Abstimmung mit den betroffenen und interessierten Bürgern zu fällen sind. Diejenigen, die es angeht, sollen wissen: Ihr Sachverstand wird gebraucht, der demokratische Staat ist auf ihre Mitwirkung angewiesen.

Ein weiterer Punkt: In der Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht es eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften. Manche unter Ihnen werden wissen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland mit dem, was wir Mitbestimmung nennen, gute Ergebnisse erzielt haben. Mitbestimmung, auf dem Wege zu ökonomischer Partnerschaft, stabilisiert den sozialen Frieden. In der Europäischen Gemeinschaft hat man ja auch dreiseitige Gespräche, an denen die Sozialpartner beteiligt sind, in Gang gesetzt, und nichts spricht gegen einen solchen Versuch.

Ein weiteres: Diejenigen, die politische Verantwortung tragen, müssen aufgeschlossen bleiben für neue Ideen, ob sie sie selbst zu entwickeln vermögen oder nicht. Meiner Meinung nach darf auch die Suche nach alternativen Wegen individueller und gruppemäßiger Lebensführung nicht von vornherein als Trautänzerei oder als Angriff auf die politische Ordnung abgetan werden.

Diejenigen, die meinen, daß vieles so wie bisher nicht mehr weitergehen kann, müssen ernstgenommen werden. Haben wir nicht schon zu lange dem mißverstandenen amerikanischen Modell einer Überfluß- und Wegwerfgesellschaft nachgeeifert? Sollten wir nicht verstärkt nach Lösungsmöglichkeiten suchen, die den ökonomischen und den ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen, um sie - wo es geht - in ein tragfähiges Gleichgewicht zu bringen.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden: Ich rede hier nicht vom Untergang des Abendlandes, und es geht mir überhaupt nicht darum, Krisenstimmung zu erzeugen. Ich wollte davon sprechen, was wir meines Erachtens gemeinsam gewinnen müssen: Bewußtsein für unsere Lage; Sinn für die Realität, in der wir heute leben; harte Arbeit an den Antworten auf die gar nicht mehr so neuen Fragen, die uns bedrängen.

Es sieht so aus, als ob wir für absehbare Zeit mit mehr Problemen konfrontiert sein werden, als sich rasch genug lösen lassen. Ziel aller verantwortlichen Politik muß es deshalb sein, diese Schere wenigstens nicht allzu sehr auseinanderklaffen zu lassen und sich auf die besonders wichtigen Bereiche zu konzentrieren.

Viele innenpolitische Debatten, manche Wahlkämpfe in unseren Ländern scheinen mir an der Diskussion der entscheidenden Fragen vorbeizugehen. Dabei werden unsere Demokratien von den Bürgern doch vermutlich daran gemessen, ob sie sich in der Lage zeigen, die Zukunft aktiv und konstruktiv zu gestalten. Würde sich der Eindruck festsetzen, daß traditionelle Politik immer nur auf äußere Entwicklungen reagiert, anstatt selbst prägend zu wirken, dürfte man sich nicht wundern, wenn unkonventionelle bis gefährliche Neigungen um sich griffen.

Die Erfahrungen gerade der letzten Jahre haben manche erkennen lassen, wie groß die Herausforderungen sind, die auf uns zukommen. Besser als in der Vergangenheit sollten wir uns einprägen - und dann auch danach handeln -, daß die Sicherheit der Welt nicht nur und eigentlich immer weniger eine militärische Machtfrage ist; sie ist daneben und immer deutlicher eine Frage des sozialen Friedens, der angemessenen Innovation und des möglichst gerechten Ausgleichs. Im Innern und nach außen.

Als Europäer leben wir in einer gemeinsamen Welt mit knappen Ressourcen und ständig wachsenden Problemen. Unser größtes Kapital sind menschliche Erfindungskraft und soziale Verantwortung. Auf sie werden sich gerade die Völker Europas, im Bewußtsein ihrer gegenseitigen Abhängigkeit, besinnen müssen. Oder sie werden dieses Zeitalter nicht wohlbehalten überleben.  
(-/28.10.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

